



Auf der grünen Wiese oder in der Stadt ?



© DPoIG BW

Inhalt

- 2 DPoIG erfolgreich – Deutschland-Ticket auch als Jobticket
- 2 Sarah Leinert erneut in den Beirat der Unterstützungskasse der VBLU gewählt
- 3 SPD-Landtagsfraktion unterstützt DPoIG-Landestarifvertretung
- 3 Im Gespräch: DPoIG mit Staatssekretär im BMI Engelke
- 4 Daran arbeiten wir
- 6 BV Freiburg – Andreas Tanner übernimmt Vorsitz
- 7 Calwer Mitgliederversammlung in Wildberg
- 8 JHV Freudenstadt in Aach
- 8 DPoIG-Landesvorsitzender über 40 Jahre im Dienst

Impressum:

Redaktion: Sabine Dinger
(V. i. S. d. P.)
Telefon 07251.703-1510
E-Mail: sabine.dinger@dpolg-bw.de
Landesgeschäftsstelle:
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Telefon 0711.9979474-0
Telefax 0711.9979474-20
Internet: www.dpolg-bw.de
E-Mail: info@dpolg-bw.de
ISSN 0723-1830

Liebe Leserin, lieber Leser,

zu spät, ohne Perspektiven, am falschen Platz, ineffizient, rückwärtsgewandt und teilweise planlos, so könnte man die Planungen zum Neubau eines Landeskriminalamtes (LKA) auf der Stuttgarter Höhenlage unterhalb des Pragsattels bezeichnen.

Das LKA machte Schlagzeilen mit einem Stromausfall, der die Leistungsfähigkeit der gesamten Polizei bedrohte und zu wichtigen Systemausfällen führte. Die politische Bewertung, dass Gott sei Dank keine größeren Schadensereignisse und Polizeilagen zeitgleich stattfanden, mag nur ein klein wenig auf die tatsächliche Brisanz hinweisen. Und nur deshalb bewegt sich die Politik jetzt auch etwas.

Seit Jahren ist die desolante Substanz bekannt. Bei den Bauarbeiten handelt es sich realistisch betrachtet um solche, die überwiegend dazu dienen, den Dienstbetrieb in einem maroden Gebäude aufrechtzuerhalten. Die wenigen sonstigen Baumaßnahmen stehen dabei mehr unter der Fragestellung, ob es über-

haupt noch Sinn machte, diese Investitionen in die marode Bau-substanz einzubringen.

Planungen für einen Neubau gibt es schon seit Jahrzehnten. Das Hauptgebäude war 1978 als reines Verwaltungsgebäude errichtet worden. Es war weder in technischer noch in räumlicher Hinsicht als kriminaltechnisches Labor konzipiert. In den letzten Jahrzehnten mussten immer wieder Teile der Büroflächen zu Laboren umfunktioniert werden.

Die vorliegenden Planungen sehen eine stufenweise Neuunterbringung und örtliche Verlagerung auf das Areal in der Stuttgarter Pragstraße vor. Und schon hierzu müsste man ein großes Fragezeichen machen. Denn das vorgesehene Baugrundstück muss vermutlich zuerst einmal dekontaminiert werden. Zumindest lässt dies die Vornutzung erwarten. Wir rechnen mit mehreren Jahren, bis überhaupt ein Baubeginn erfolgen kann. Die Kosten für die Pläne wurden noch nicht genau beziffert. Die Deutsche Polizeigewerkschaft geht aber von einem Milliardenprojekt aus.

Heute würde kein Unternehmen mehr in einem städtischen Bereich ohne jede Entwicklungsmöglichkeit bauen. Ohne diese geht es aber nicht. Zum Planungsbeginn hatte kaum einer an die digitalen Herausforderungen gedacht und schon überhaupt nicht an ChatGPT. Wir brauchen ein Areal auf der „grünen Wiese“ mit Platz zur Weiterentwicklung. Man wäre sicher auch angesichts der Baukosten gut beraten, schnell umzuplanen. Je früher der Bau beginnt, desto besser und vermutlich auch günstiger. Die „grüne Wiese“ und günstige Anfahrtswege für die Beschäftigten lassen sich bei der Standortsuche verbinden. Völlig andere Bauweisen sind denkbar und schneller realisierbar.

Gut indes wäre ein alter Vorschlag, das bisherige LKA abzureißen und dort Wohnungen (mit bezahlbaren Mieten) für Bedienstete im öffentlichen Dienst zu errichten.

Wir fordern einen schnellen Richtungs- und Strategiewechsel – solange es noch geht.

Ihr/euer Ralf Kusterer



DPoIG erfolgreich – Deutschland-Ticket auch als Jobticket

Die Diskussion um das 49-Euro-Ticket dauerte über Monate. Selbstverständlich haben wir uns auch diesem Thema zugewandt. Alfred Seiter, Bezirksvorsitzender Reutlingen, dazu: „Ich wiederhole es gerne, unsere Forderung ist und bleibt das sogenannte Hessenticket, mit dem in Hessen alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst völlig kostenfrei zur Arbeit und am Wochenende mit der ganzen Familie im ÖPNV unterwegs sind. Beim 49-Euro-Ticket ging es uns darum, dass das auch mit dem Job-Ticket kombinierbar wird. Das haben wir mit erreicht.“

Das Deutschland-Ticket wird auch als Jobticket zu bundesweit einheitlichen Bedingungen verfügbar sein. Wenn der Arbeitgeber mindestens 25 Prozent auf den Ausgabepreis pro Monat und Ticket leistet, kann das Deutschland-Ticket als Jobticket mit einem Rabatt von maximal fünf Prozent auf den Ausgabepreis (49 Euro) ausgegeben werden. Das Landesamt für Besoldung und Versorgung hat uns dies auf Anfrage nochmals bestätigt: „Das neue Deutschland-Ticket Job (also das Deutschlandticket mit Zuschuss) wird analog zum JobTicket BW mit



> Alfred Seiter

25 Euro bezuschusst. Deshalb können die Landesbeschäftigten das neue Deutschland-Ticket Job für 46,55 Euro anstatt 49 Euro (also um 5 Prozent rabattiert) erwerben. Der Fahrtkartenzuschuss in Höhe von 25 Euro wird wie gewohnt über die Lohnabrechnung ausbezahlt.“

Unser nächstes Ziel: Übernahme der verbleibenden 21,55 Euro vom Land, damit ein voller Ersatz der Fahrtkosten im ÖPNV erfolgt. Und keine Frage, diesen Zuschuss erwarten wir insgesamt (46,55 Euro), auch für diejenigen, die das Job-Bike nutzen.

Das ist ein weiterer und ein wichtiger Schritt, um bei den gestiegenen Spritpreisen und teilweise Parkgebühren am Dienort kostengünstiger zum Dienst und nach Hause zu kommen. Dazu die Möglichkeit, das Ticket am Wochenende nutzen zu können. Fast 30 Euro Rabatt im Jahr sind ein guter Nebeneffekt.

Dabei sollte es das Ziel der Bundes- und Landesregierung sein, den ÖPNV so auszubauen, damit man in allen Regionen überhaupt auch ein Jobticket nutzen kann. Fehlende Bahn- und Busverbindungen und längere Fahrtzeiten verhindern oft eine Nutzung in Baden-Württemberg.

Hinweis zur Umstellung von JobTicket BW Bestandskundinnen und -kunden im VVS:

Das Abo Center der Deutschen Bahn wird das bislang bestehende VVS-Firmenticket (JobTicket BW) zum 12. April 2023 automatisch auf ein rabattiertes Deutschlandticket Job (JobTicket BW) umstellen. Dies gilt auch für alle JobTicket BW Bestandskundinnen und -kunden im VVS, die bereits über das Aboportal selbstständig gewechselt haben.

> Justiziarin und Landesgeschäftsführerin Sarah Leinert erneut in den Beirat der Unterstützungskasse der VBLU gewählt

Der VBLU ist der Versorgungsverband bundes- und landesgeförderter Unternehmen e. V., der auf dem Gebiet der betrieblichen Altersversorgung der führende Fachverband für soziale Einrichtungen in Deutschland ist.

Also eine ähnliche Einrichtung, wie das die Tarifbeschäftigten von ihrer Zusatzversorgung, der VBL, kennen. Zielsetzung der VBLU ist die eine optimale zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung für Arbeitnehmer. Der VBLU arbeitet ohne eigene Gewinnerzielungsabsicht, es fallen



> Sarah Leinert

keine Provisionen, Honorare etc. an.

Ergänzt wird die VBLU-Versorgung durch die Unterstützungskasse VBLU e. V. Die DPoIG ist seit Jahren, wie zahlreiche Verbände und Stiftungen im Umfeld des öffentlichen Dienstes, Mitglied im VBLU sowie der Unterstützungskasse VBLU e.V. Die DPoIG versichert ihre Beschäftigten dort.

Der Beirat steht dem Vorstand der Unterstützungskasse VBLU zur Seite. Die Aufgabe des Beirates ist es, an der Verwaltung sämtlicher Beträge, die der VBLU/Unterstützungskasse zufließen, beratend mitzuwirken.

Die Wahl in den Beirat ist nicht so einfach, zumal Kandidaten aus sehr großen Mitgliedsverbänden kandidieren. Die Beiratsmitglieder werden für die Dauer von vier Jahren gewählt, die Tätigkeit ist ehrenamtlich.

Bereits Ende 2022 wurde die Justiziarin und Landesgeschäftsführerin der DPoIG BW, Sarah Leinert, nach ihrer ersten Wahl 2018 erneut in den Beirat der Unterstützungskasse VBLU e. V. gewählt. Wir bewerten dies als besonderen Vertrauensbeweis, auch der sehr großen Mitgliedsverbände.



SPD-Landtagsfraktion unterstützt DPoIG-Landestarifvertretung

Mit einer Landtagsanfrage zur „sozialen und wirtschaftlichen“ Situation in Baden-Württemberg

für Tarifbeschäftigte“ stellen die SPD-Abgeordneten der Landesregierung 14 Fragen, die es

notwendig? Welche Parameter werden zur Berechnung der Lebenshaltungskosten herangezogen? Welche Erkenntnisse hinsichtlich regionaler Unterschiede der Lebenshaltungskosten der Landesregierung vorliegen unter besonderer Darstellung, welche Daten sie hierzu selbst erhebt? Es folgen Fragen zur Entwicklung des Mietspiegels, der Immobilienpreise, Kosten der Energiegrundversorgung mit Strom/Gas und für Müllentsorgung. Fragen nach dem Preisindex, den durchschnittlichen Kosten für den ÖPNV, die Höhe der durchschnittlichen Haushaltsausgaben auf Grundlage des sogenannten Warenkorb.

Die SPD-Abgeordneten begründen ihre Anfragen dabei mit den Preissteigerungen, die gerade infolge des Angriffskriegs Russlands gegen die

Ukraine seit 2022 gravierende Auswirkungen auf die Lebensrealität vieler Menschen, insbesondere derjenigen, die nicht zu den Spitzenverdienern gehören, haben. Sie gehen davon aus, dass die regionalen Lebenshaltungskosten zum Teil unterschiedlich sind. Gerade deshalb frage man nach dem Wissen der Landesregierung über die Situation der Lebenshaltungskosten in Baden-Württemberg.

Dazu der stellvertretende Landesvorsitzende und Landestarifbeauftragte Edmund Schuler: „Zunächst gebührt den SPD-Abgeordneten und der Fraktion unser Dank, die sich damit hinter die Tarifbeschäftigten in der Polizei und im öffentlichen Dienst stellen. Ich erhoffe mir damit wichtige Informationen für ein weiteres Kämpfen für eine Zulage, aber auch für die Tarifverhandlungen im Herbst. Politik darf sich keinen schlanken Fuß machen und nur Sonnensreden halten.“



> Edmund Schuler

berg unterstützten die Abgeordneten Binder, Ranger, Hoffmann, Fink, Gruber, Rivoir von der SPD-Landtagsfraktion die Forderung nach einer Zulage aufgrund der gestiegenen Lebenshaltungskosten.

Unter der Überschrift „Berechnung Lebenshaltungskosten

wirklich in sich haben und schon kurz nach dem Eingang im Landtag die Bitte des Finanzministeriums für eine Fristverlängerung auslösten. Welche Abweichung vom Durchschnitt für die Annahme von „höheren Lebenshaltungskosten“ im Sinne von § 16 Abs. 5 Satz 1 TV-L sind

Im Gespräch: DPoIG mit Staatssekretär im BMI, Engelke

Bei einem Gespräch im Bundesinnenministerium hat der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer auch länderspezifische Themen angesprochen.

So hat er unter anderem den Leiter der Unterabteilung Öffentliche Sicherheit 1 – Rechts- und Grundsatzangelegenheiten, Herrn Ministerialdirigent Wiemann, auf die großen Digitalisierungsdefizite in den Ländern hingewiesen, die einer Nutzung neuester Entwick-

lungen im IT-Bereich entgegenstehen.

So beispielsweise bei der Ermittlungsakte oder beim Programm P20, mit dem die polizeiliche IT-Architektur harmonisiert und modernisiert werden soll.



> Staatssekretär Hans-Georg Engelke mit dem DPoIG-Landesvorsitzenden Ralf Kusterer



© DPoIG BW

Daran arbeiten wir

Die gewerkschaftliche Arbeit ist vielseitig. Die Liste der Themen, die wir bearbeiten, ist lang. In dieser Rubrik greifen wir einzelne Themen heraus, an denen wir (auch) aktuell weiter arbeiten.



© DPoIG BW

Heike Storch,
Frauenbeauftragte
im KV Schwarzwald-
Baar

Mutter-Kind-Kuren

Es ist sicher der Dauerbrenner in der Arbeit der Frauenvertretungen.

Leider ist es in den vergangenen Jahren nicht gelungen, dass heilfürsorgeberechtigte Polizeibeamte und Polizeibeamtinnen Mutter/Vater-Kind-Kuren in Anspruch nehmen können, so wie das für andere Krankenversicherte seit Jahren möglich ist. Damit sind die Kinder

von Polizeifamilien schlechtergestellt als andere Kinder. Ein Umstand, der längst geändert werden muss. Dafür setzen wir uns ein.

Eine Mutter/Vater-Kind-Kur ist eine stationäre medizinische Behandlung für Mütter und Väter, die aufgrund ihrer familiären oder beruflichen Situation gesundheitlich belastet oder gefährdet sind.

Obwohl Mutter oder Vater von ihren Kindern begleitet werden können, hat die Kur vor allem die gesundheitliche Genesung und Erholung des Elternteils zum Ziel. In jedem Fall berücksichtigen solche Kuren die individuellen Bedürfnisse der Mütter und Väter, die sich aus ihren persönlichen Belastungssituationen ergeben haben. So gibt es zum Beispiel Angebote zur Behandlung von psychischen Belastungen, Trennungssituationen oder Problemen bei der Erziehung und Versorgung chronisch kranker oder pflegebedürftiger Kinder. Kinder können dabei Begleitkinder (ohne eigene Behandlung) oder Therapiekinder (mit eigener Behandlung) sein.



© DPoIG BW

Dirk Neitzke,
Bezirksvorsitzender
Kurpfalz

Anerkennung von Dienstunfällen

Die Coronapandemie hat uns aufgezeigt, wie sehr ein Unfall mit der besten Definition im Gegensatz zu Erkrankungen im Vordergrund stehen kann. Wenn Kolleginnen oder Kollegen aufgrund einer Infektion versterben und der Nachweis eines kausalen Zusammenhangs mit den dienstlichen Tätigkeiten erforderlich wird, zeigt sich, wie wenig unser System noch zeit- und mitarbeitergerecht ist. Insbesondere, wenn Gerichtsurteile den Polizeibeamten ein gewisses Alltagsrisiko zuschreiben.

Fast gleichzeitig erreichten uns Fälle von posttraumatischen Belastungsstörungen. Störungen, die sich oft in multiplen Gründen in den vergangenen Dienstjahren finden lassen. Jeder weiß, dass solche psychischen Erkrankungen erst nach Jahren eintreten können. Und fast jeder weiß, dass es in der Polizei sicherlich den Einzelfall gibt, der solche Traumata entstehen lässt. Genauso weiß man aber, dass es manchmal die Vielzahl der (unterschiedlichen) Fälle sein kann, die zu einer Erkrankung führen.

Neben den inhaltlichen Fragen befassen wir uns mit den sogenannten Formen und Fristen, die in aktuellen Fällen dazu führen, dass die Antragsfristen beim Auftreten der gesundheitlichen Defizite verjährt sind. Wir brauchen eine Erweiterung der Antragsfristen. Und klar, wir brauchen eine inhaltliche Diskussion. Die Gefahren des Polizeiberufs müssen umfassend abgedeckt werden.



Hundeführerwesen

Peter Vietz,
Bezirksvorsitzender
Ulm

Seit Jahren werden Polizeihunde mit großem Erfolg in der Polizeiarbeit eingesetzt. Zur Wahrheit gehört aber, dass für die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die sich für eine Arbeit mit dem Polizeihund entscheiden haben, zahlreiche Belastungen hinzukommen. Es ist nicht einfach der „private Hund“, der mit zum Dienst genommen wird. Vielmehr ist es der Diensthund, der in den privaten Bereich mitgenommen wird.

Ein Polizeihund erfordert eine Betreuung und Aufsicht rund um die Uhr. In der Freizeit, teilweise im Urlaub. Er benötigt Pflege, Gesundheitsvorsorge und ärztliche Betreuung bei Erkrankungen und Verletzungen.

In einer Anordnung für das Hundeführerwesen werden alle Umstände bis hin zum Ruhestand geregelt. Die Pauschalen, die für die Pflege gewährt werden, sind seit Jahren unverändert. Das führt zu finanziellen Mehrbelastungen, die auch von den Preisentwicklungen und einer Inflation mitverursacht werden. Es ist längst an der Zeit, die Pauschalen anzuheben. Die DPolG hält eine Pauschale von 150 Euro für angemessen. Darüber hinaus fordern wir, dass die Kosten ständig beobachtet und gegebenenfalls weiter angepasst werden.

„Tierwohl“ muss auch für den Dienst gelten. Gesunde Ernährung kostet (mehr) Geld. Das muss auch für den Diensthund gelten.



Christian Stemmler,
Kreisvorsitzender
Karlsruhe

Zulage für Beamtinnen und Beamte, die wegen Kindesmissbrauch und -pornografie ermitteln

Die belastende Tätigkeit der Sachbearbeitung im Bereich Kindesmissbrauch und Kinderpornografie erfordert eine besondere Vergütung für die Dauer der Auswerte- und Analysetätigkeit. Dabei darf neben der finanziellen Vergütung der Aspekt der Fürsorge und der psychologischen Betreuung der in der Bewertung und Auswertung visueller, auditiver oder audiovisueller Daten eingesetzten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten nicht vernachlässigt werden.

Gerade die dauerhafte Konfrontationen mit belastendem Bild-, Video- und Tonmaterial sind eine ständig neue Herausforderung und müssen psychisch verarbeitet und bewältigt werden. Dabei ist eine entsprechende psychologische und medizinisch-physische Betreuung vorzusehen und anzubieten.

Zahlreiche Bundesländer gewähren für die mit den Ermittlungen befassten Kolleg(inn)en eine entsprechende Zulage. Baden-Württemberg sollte sich daran ein Beispiel nehmen.

Überdies fordern wir besondere „Auszeiten“, etwa besondere Vorsorgekuren, wie man das aus dem Schichtdienst kennt.



Daniel Hoffmann,
Geschäftsführender
Landesvorstand

Haushaltsangelegenheiten

Eigentlich ist es kaum vorstellbar, dass ein Haushalt aufgestellt wird, der bereits vor der Verabschiedung als völlig unzureichend bewertet wird. Sehr gut umschreibt das unser Polizeistaatssekretär im Innenministerium, wenn er selbst den Haushalt 2023/2024 als „katastrophal“ bezeichnet.

Man kann die Haushaltslage in der Polizei nur als defizitär bezeichnen. Die Gelder reichen nicht aus, dass die Polizeipräsidien und Einrichtungen ihre Aufgaben erledigen können.

Zwar bleibt die Hoffnung auf einen Nachtragshaushalt, aber es bleibt ein Ärgernis, dass der Gesamthaushalt 2023/2024 unzureichend ist. Im Grunde ist es eigentlich ein staatschädigender Vorgang, wenn durch einen unzureichenden Haushalt die Polizei zahlungsunfähig ist. Manche Präsidien rechnen damit, dass dieser Zustand im August oder September eintritt.

Die Polizei muss ein verlässlicher Partner sein, das muss auch in finanziellen Angelegenheiten gelten. Es darf keine Sicherheit nach Kassenlage geben. Neben den Geldern, die für den reinen „Polizeibetrieb“ benötigt werden, brauchen die Polizeipräsidien auch Finanzmittel, um in die Zukunft investieren zu können.



Annette Kees,
Bezirktarifbeauftragte
Hochschule für Polizei (HfPol)

Zuschuss für Jobrad

In einem ersten Anlauf ist es gelungen, dass auch Tarifbeschäftigte die Möglichkeit eines Jobrads erhalten. Die DPolG bemängelt, dass es gegenüber den Beamten zu Nachteilen kommen kann, weil sich „weniger Gehalt“ auch immer auf die Rente auswirkt.

Der Staat hingegen spart bei der Entgeltumwandlung beim Arbeitgeberanteil der Sozialabgaben. Deshalb wollen wir, dass für Tarifbeschäftigte ein Zuschuss in Höhe der Einsparungen für die Befreiung der Steuer- und Sozialabgaben bei der Entgeltumwandlung (Arbeitgeberanteil) gewährt wird. Nur so ist das Jobrad auch für Tarifbeschäftigte attraktiv.



Bezirksverband Freiburg – Andreas Tanner übernimmt Vorsitz

Feldberg, Sturm mit 150 km/h, Schneeregen. Als man den zentralen Tagungsort im Südbadischen ausgesucht hat, hatte niemand das Wetter einge-rechnet. Dafür gute Stimmung, große Einigkeit und spürbarer Tatendrang, den ein starker Sturm nur beflügeln konnte.

Insbesondere konnte man den Wunsch nach einem „Restart“ nach Corona und einem Wechsel an den Verbandsspitzen spüren. Nachdem Thomas Gsell im vergangenen Jahr in den Ruhestand getreten war, standen Neuwahlen auf der Tagesordnung. Das galt nicht nur für den Bezirksvorsitzen-den, sondern auch für die Jugend- und Seniorenvertretung.

Der Landesvorsitzende berichtete zunächst über interne Angelegenheiten. Beispielsweise über eine weiterhin positive Mitgliederentwicklung. Über die personelle Verstärkung der Landesgeschäftsstelle unter der Führung der Landesge-schäftsführerin und Justiziarin Sarah Leinert, über steigende Rechtsschutzzahlen und posi-tive Finanzentwicklungen.

Am Nachmittag diskutierten Ralf Kusterer und sein HPR-Stellvertreter sowie Mitglied im Geschäftsführenden Lan-desvorstand, Dirk Preis, ver-schiedenste Themen, die den Delegierten der Kreisverbände

Freiburg, Emmendingen, Lör-rach und Waldshut-Tiengen am „Herzen“ lagen. Darunter das Zulassungsverfahren gehobener Dienst, fehlende Quoten und Perspektiven im QL-Aufstieg, lange Wartezeiten bei Beihilfeabrechnungen, JUNGE POLIZEI, Arbeitszeiten, die aktuellen Tarifverhandlungen im Bund und die allgemeine schlechte Situation im Tarifbereich, Leistungsorientierter-Dienst-(LOD-)Sätze und die Probezeiten für Polizeiabsolventen im mittleren wie auch im gehobenen Dienst.

➤ Mehr Polizeivollzugsstellen (PVD) – Stellen für das PP Freiburg

Nachdem nur wenige Tage vorher bei der Vorstellung der PKS-Zahlen Polizeipräsident Semling verkündete, dass das Polizeipräsidium bis 2026 einen erheblichen Stellenzuwachs bekommen könnte, war dies natürlich ein TOP-Thema. Eine gefühlte Ewigkeit war das eine zentrale Forderung der DPolG für Mittel- und Südbaden. Und es war in erster Linie die Durchsetzung der DPolG bei der Neuschaffung von 900 Stellen, die das ermöglicht hatte. Verteilen, ohne anderen etwas wegnehmen zu müssen. Das ist sicher eine gute Ausgangslage. Auch wenn über die einzelnen Parameter noch

Einstimmig wählte die Versammlung ihre Mandatsträger:

Bezirksvorsitzender	Andreas Tanner
Erster stellvertretender Bezirksvorsitzender	Stephan Frei
Stellvertretender Bezirksvorsitzender	Thomas Braun
Stellvertretender Bezirksvorsitzender	Sebastian Feucht
Stellvertretender Bezirksvorsitzender	Freddy Klein

Die anwesenden Vertreter der JUNGEN POLIZEI wählten:

Bezirksvorsitzender JUNGE POLIZEI	Tim Blass
Stellvertretender Bezirksvorsitzender JUNGE POLIZEI	Christopher Wehrle

Die anwesenden Kreissenorenbeauftragten wählten:

Bezirkssenorenbeauftragter	Peter Faller
Stellvertretender Bezirkssenorenbeauftragter	Lothar Mollmann

nicht abschließend entschieden wurde und Stellen nicht gleichbedeutend mit Menschen sind. Mit großem Interesse wird man die interne Verteilung beim PP Freiburg beachten. Die Erwartungshaltung des DPolG-Bezirksverbandes ist es, dass die Stellen nicht nur im Freiburger Großraum landen, sondern auch die anderen ehemaligen Polizeidirektionsbereiche etwas vom Kuchen abbekommen. Der DPolG-geführte Personalrat, der bei der Verteilung einzubeziehen ist, wird auf jeden Fall darauf achten, dass es gerecht zugeht.

Am Ende der Veranstaltung machte der neu gewählte Be-

zirksvorsitzende Andreas Tanner deutlich, dass es zunächst darum gehe, dass alle Dienststellen die 100 Prozent Soll-Ausstattung erhalten. Weit mehr als 50 Streifenwagen, so verdeutlichte er, würden im PP-Bereich fehlen. Orientiert an der Stellenverteilung für den Herbst sind es weit mehr als 180 Menschen, die fehlten, wobei dabei auch Abordnungen und Teilzeit eingerechnet sind. Tanner: „Beim Überdrehen des Motors durch zu hohe Drehzahlen wirken starke Belastungen auf Lager, Ventile, Zylinder und Kolben. Reißt der Ölfilm, ist der Motorschaden dann nicht mehr weit. Und wir überdrehen den Motor Polizei schon viel zu lange.“



© DPolG BW



> Thorsten Söffner (BGV), Ralph Schmidt, Dirk Preis, Sarah Leinert, Karl Knopf (Pensionär des KV Calw), Manfred Ahrens, Uwe Grandel, Armin Rapp und Ralf Kusterer (von links)

Calwer Mitgliederversammlung in Wildberg

Als am Freitag, den 3. März 2023, der Landesvorsitzende Ralf Kusterer, Dirk Preis vom Geschäftsführenden Landesvorstand und die Landesgeschäftsführerin Sarah Leinert den Veranstaltungsraum im Hotel Krone in Wildberg betraten, waren sie sichtlich erfreut. Volles Haus an einem Freitagnachmittag, wenn schon viele an das Wochenende denken.

Es mag wohl am Kreisvorsitzenden Uwe Grandel und seinem Team liegen, dass auch ohne angekündigte politische Ehrengäste und ohne Wahlen über 40 Mitglieder der Einladung zur Jahreshauptversammlung gefolgt sind.

Belohnt wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach einer kurzen Begrüßung und Bekanntgabe zum Ablauf der Veranstaltung mit einem Mittagbüfett, das wie immer schmackhaft zubereitet war.

Nach dem Mittagessen gaben Kreisvorsitzender Uwe Grandel, Kreisgeschäftsführer Ralph Schmidt, Schatzmeister Marius Sprengel und der Kassenprüfer Peter Schmidt ihre Berichte ab. Dabei kann der Kreisverband auf eine enorme Steigerung

der Mitgliederzahlen und eine von allen bestätigte herausragende Mitgliederbetreuung verweisen. Dafür gab es viel Lob und Beifall von den Anwesenden.

Erfreut war Uwe Grandel auch darüber, dass extra aus Heidelberg der ehemalige Postenführer von Gechingen, das Mitglied Karl Knopf, angereist war, um an der Sitzung des Kreisverbandes teilzunehmen. Auch er wurde mit großem Beifall begrüßt.

Nachdem Thorsten Söffner, Direktionsbevollmächtigter der BGV-Versicherungen, dienliche Verbraucherhinweise gegeben hatte und bekannt gab, dass er sich gerne an der Getränke-rechnung beteilige, informierte Dirk Preis, der nicht nur Mit-

glied des Geschäftsführenden Landesvorstandes, sondern auch stellvertretender Vorsitzender des Hauptpersonalrats der Polizei beim Innenministerium ist, über aktuelle Entwicklungen.

Interessant waren für die gespannten Zuhörerinnen und Zuhörer auch die Ausführungen der Justiziarin und Geschäftsführerin Sarah Leinert zum Thema Rechtsschutz. Sie informierte über die Entwicklungen im gewerkschaftlichen Rechtsschutz, die steigenden Fallzahlen und nahm dabei auch einen speziellen Blick auf den Kreisverband Calw. Sie konnte darüber berichten, dass die DPoIG mit circa 1 400 Rechtsschutzfällen sicher der größte gewerkschaftliche Rechtsschutzdienstleister in Baden-Württemberg mit hohen Erfolgsquoten ist. Nachdem sich im Kreisverband oft Uwe Grandel um die Abwicklung kümmert, dürfen sich die Mitglieder beruhigt etwas zurücklehnen.

Ein besonderes Highlight sind immer die Ehrungen verdienter Mitglieder. Hier konnten für 25 Jahre Mitgliedschaft Armin

Rapp und für 40 Jahre Andreas Löb, Manfred Ahrens, Harald Wittkopf und Karl Knopf geehrt werden.

Den dann doch etwas längeren Abschluss machte der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer, der im Galopp durch die politischen, gesellschaftlichen und gewerkschaftspolitischen Entwicklungen ritt und dabei nicht mit klaren Worten sparte. Weder der Untersuchungsausschuss, die IT-Sicherheit, die Forderungen für Verbesserungen im gehobenen Dienst und natürlich die notwendigen Verbesserungen für die Tarifbeschäftigten fehlten im Vortrag. Offene Worte, die auf viel Zustimmung bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmer stießen und dem Landesverband eine gute Arbeit bestätigten.

Am Schluss bedankte sich Kreisvorsitzender Uwe Grandel bei allen Mitwirkenden und allen Interessenten, die nach Wildberg gekommen waren, um auch mit ihrer Anwesenheit bei der Veranstaltung an der Arbeit der DPoIG Anteil zu haben.



> Jubilare und Vorstandschaft des Kreisverbandes Freudenstadt mit DPoIG-Funktionären

© DPoIG BW

Jahreshauptversammlung Freudenstadt in Aach

Uwe Hommer zum Stellvertreter gewählt

Die Mitglieder des Kreisverbandes Freudenstadt waren am 29. März 2023 in die geschichtsträchtige Gaststätte „Waldgericht“ zur Jahreshauptversammlung eingeladen. Mit einem ganz besonderen Charme wartete die Gaststätte mit mehr als 500-jähriger Tradition auf. Urig, gemütlich, geräumig und mit einer guten Küche wartete das Gasthaus-Team auf die über 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Aus Stuttgart war der Landesvorsitzende Ralf Kusterer angereist, aus dem Murgtal der stellvertretende HPR-Vorsitzende und Bezirksvorsitzende Offenburg, Dirk Preis, aus Calw der Bezirksvorsitzende Uwe Grandel und der Calwer Kreisgeschäftsführer Ralph Schmidt sowie aus Pforzheim der Kreisvorsitzende Uli Arzt und der ÖPR-Vorsitzende Frank Otruba. Alle gemeinsam trugen sie mit verschiedenen Redebeiträgen zum Gelingen der Veranstaltung bei.

Kreisvorsitzende Conny Nitsch, der Kassenverantwortliche Benjamin Arnold und Kassenprüferin Tanja Armbruster gaben umfassende Berichte ab, denen die Mitglieder im Grund-

de nur mit einer einstimmigen Entlastung folgen konnten. Lediglich eine Nachwahl war erforderlich geworden. Zur großen Freude der Anwesenden erklärte sich Kollege Uwe Hommer, der auch freigestelltes Freudenstädter Personalratsmitglied ist, bereit, den stellvertretenden Kreisvorsitz zu übernehmen. Einstimmig erfolgte dann auch seine Wahl.

► **Schließung von Polizeiposten mit vier und weniger Vollzugsstellen – ein Gerücht?**

Einen Tag vor der Veranstaltung hatte die DPoIG-Landesleitung von einem Entscheidungsvermerk des Landespolizeipräsidiums an die Hausspitze erfahren. „Post weg, Sparkasse und Volksbank weg, Einkaufsläden weg und jetzt auch die Polizei“, so bezeichnete Landeschef Ralf Kusterer die Situation, wie sie bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommt. So kann man „politisches Harakiri“ betreiben. Gut, dass wenige Tage danach der Innenstaatssekretär bei einer anderen Veranstaltung deutlich machte, dass es keine Entscheidung für eine Schließung der betroffenen

circa 60 Polizeiposten gebe. Die Schließung oder Verlagerung von Polizeiposten könne nur in absoluten Einzelfällen und einer Diskussion mit den politischen Gremien vor Ort und den Bürgern erfolgen.

Bemerkenswert, dass man sich mit solchen Organisationsmaßnahmen überhaupt in der obersten Polizeiführung befasst. So wurde erst im März 2023 über das Ergebnis einer Studie zu Postenschließungen

und einem Anstieg der Kriminalität in den Medien berichtet. Dabei kommen die Studienmacher (der Bericht liegt der DPoIG vor) zum Ergebnis, dass Polizeiposten konsistent mit einer veränderten Wahrnehmung der Aufklärungswahrscheinlichkeit verbunden sind. Das bedeute, dass die Sichtbarkeit von lokalen Polizeiposten zur Abschreckung und zur Kriminalitätsbekämpfung beiträgt.

> **DPoIG-Landesvorsitzender über 40 Jahre im Dienst**

Am 4. April 2023 überreichte der Leiter des Fortbildungsinstituts an der Hochschule für Polizei in Böblingen, Leitender Polizeidirektor Volker Walter, dem Mitglied im dortigen Personalrat und im Gesamtpersonalrat an der Hochschule für Polizei, Ralf Kusterer, die Dankesurkunde des Ministerpräsidenten für 40-jährige Tätigkeit im öffentlichen Dienst. Erster Gratulant war Innenstaatssekretär Wilfried Klenk, der dem Vorsitzenden des Hauptpersonalrats im Innenministerium persönlich gratulierte und einen „guten Tropfen“ vom Weinsberger Staatsweingut überreichte.



> Staatssekretär Wilfried Klenk, Jubilar Ralf Kusterer, Ltd. PD Volker Walter (von links)

© DPoIG BW